

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme der Sonntag und Festtage.

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil.
Die Seite . . . 15 Goldpfennige
Sammleranzeigen 8 Goldpfennige
b) im Reklameteil.
Die Seite . . . 50 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen kommen 50% Zuschlag.

Für Platzvorschriften kann keine Gewähr übernommen werden.

Gerichtsstand für beide Teile ist Calw.



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige wöchentlich, mit Trägerlohn.
Postbezugspreis 40 Goldpfennige ohne Postgeld

Schluss der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Sernspreeker Nr. 8.

Verantwortliche Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele.
Druck und Verlag der A. Oelschläger'schen Buchdruckerei.

Nr. 72

Freitag, den 27. März 1925.

99. Jahrgang.

Der Wahlkampf in Württemberg.

Dr. Jarres in Stuttgart.

Stuttgart, 25. März. Auf Veranlassung des Reichsbundes für Württemberg sprach heute der Reichspräsidentenwahlkandidat Oberbürgermeister Dr. Jarres zuerst vor einem geladenen Kreis in Stuttgart, sodann in 2 Massenversammlungen im Dinkelschäfersaalbau und in der Viederhalle.

Dr. Jarres führte aus, es handle sich bei der Wahl nicht um Personen, sondern um die Sache. Es müsse jemand über den Parteien stehen und unabhängig von ihnen gefunden werden, der das Vertrauen des Volkes besitze. Er habe die Verpflichtung übernommen, sich wenigstens in den Hauptstädten vorzustellen, nicht um Stimmen zu fangen, sondern um die Stimmung zu festigen. Nun sei er nach dem Schwabenland gekommen, das ihm nicht unbekannt sei. Als Ziel des Kampfes bezeichnete er die Erneuerung des Staates auf nationaler, christlicher und sozialer Grundlage.

Wir wollen keine glatte Wiederkehr der alten Verhältnisse. Wir wollen aber in Ehrfurcht auf das Gute in der Vergangenheit blicken und das Gute nicht herunterreißen lassen. Aber wir wollen auch keine Geduldrepublik.

Der Kampf um Rhein und Ruhr
sei äußerlich zwar nicht gewonnen worden, aber innerlich von großen Werten gewesen. Das deutsche Volk habe wieder Vertrauen zu sich selbst und die Achtung der Welt gewonnen. Der Kampf wird sich im Enderfolg als reicher Gewinn herausstellen. Gegenüber den Angriffen wegen seiner angeblichen Verfassungskritik betonte er, er habe während des Ruhrkampfes recht und schlecht seine Pflicht getan. Wenn man jetzt seine Tätigkeit heruntersetze und ihn als Rheinländer zweiter Klasse hinstelle, so wehre er sich dagegen. Er betonte weiter, daß es der einzige Trost sei, daß die Gefahr für das Rheinland überwunden und der Kampf um den Rhein zu Deutschlands Gunsten endgültig entschieden sei. Wir müßten auf allen Gebieten eine nationale Außenpolitik

treiben, aber nicht im nationalistischen Sinne, sondern würdig und besonnen unter Ablehnung aller pazifistischen und internationalen Gedankenengänge. Wir seien grundsätzlich bereit, in den Völkerverbindungen einzutreten, aber nicht bedingungslos, sondern unter unserer Flagge nur dann einmischen, wenn wir gleichberechtigt seien. Beim Eintritt sei es unsere besondere Aufgabe, das Interesse der nationalen Minderheiten zu wahren. Hier in Stuttgart sei es besonders das Deutsche Auslands-Institut, das die Interessen der Deutschen der Diaspora und im Ausland wirkungsvoll vertrete. Des weiteren wandte sich der Redner gegen die Kriegsschuldfrage.

gegen die anzukämpfen Pflicht jedes Deutschen sei. Die Mahnwort vom November 1918, das deutsche Volk habe auf der ganzen Linie gesiegt, hätten sich als Lug und Trug erwiesen. Mit Schmach empfinde man, daß die Heiligkeit des öffentlichen Lebens geschwunden sei. Mit den heutigen Verhältnissen seien wir nicht zufrieden. Trotzdem müßten wir Achtung vor dem grundlegenden Verfassungsgebot von Weimar

haben, aber nicht als ob wir in diesem Gele das Ideal der deutschen verfassungsrechtlichen Möglichkeiten sehen. Eine Aenderung dürfe jedoch nur auf verfassungsmäßigem Wege und in organischer Fortbildung, aber nicht auf gewalttätigem Wege herbeigeführt werden. Mit der Achtung der Verfassung verbinde sich die Ehrfurcht vor der Vergangenheit. Wir müßten Brücken schlagen zwischen dem alten Deutschland und einem neuen glücklicheren Deutschland der Zukunft. Wir wollten weiter sozial sein im Sinne eines gesunden sozialen Fortschrittes. Sozial heiße aber nicht sozialistisch. Er wolle nicht den Klassenkampf, sondern den Frieden unter den Berufsständen. Der Mittelstand müsse erhalten bleiben. Die bodenständige Kapitalkraft sei ebenso nötig wie die Förderung der Arbeiterschaft. Als weitere Forderungen führte er an: Vernünftige Wirtschaftspolitik, gerechte Aufwertung, Befreiung der Wirtschaft von überflüssigem Zwange und Schöpfung der Kreditnot, sowie eine gerechte Steuerpolitik. Zum Schluss gedachte der Redner der Leistungen des Grafen Zeppelin, der dem deutschen Volke den Glauben an sich selbst gestärkt habe. Wir wollten dem Beispiel des alten Schwäbischen Grafen folgen und unverzagt und unverdrossen eine neue Zukunft aufbauen. Der Redner schloß mit einem Hoch auf das württembergische Land.

Dr. Gessler für Heilbronn.

Zu einer machtvollen Kundgebung für die Reichspräsidentenwahlkandidatur des badischen Staatspräsidenten Dr. Gessler gestaltete sich die Versammlung, die die Deutschdemokratische Partei in die Stadthalle einberufen hatte. Der Abend war ungeheuer und ungeschätzbar keine Karten mehr bekommen. Als Reichswehrminister Dr. Gessler, den die Deutschdemokratische Partei für diesen Abend gewonnen hatte, am Rednerpult erschien, brauste ihm begeisterter Beifall entgegen. Nach Dankworten für diese herrliche Begrüßung kennzeichnete der Reichswehrminister die große Schwierigkeit der Aufgaben, die der Reichspräsident zu erfüllen hat. Mit sicherem Takt die Fäden in der Hand halten, so daß die Geschäfte des Reichs keinen Schaden erleiden, müsse der Reichspräsident. Eine ungeheuer schwierige Aufgabe! Diese wunderbaren Eigenschaften des Weibes und des Taks, die zur erfolgreichen Führung der Reichspräsidentenschaft erforderlich sind, habe Friedrich Ebert in hervorragender Weise besessen. Hätte man dem lebenden Reichspräsidenten auch nur einen Teil jener Anerkennung dargebracht, die man, auch in Kreisen, wo man ihn sonst belächelt, nach seinem Tode gezollt hat, — so wäre das Leber des verstorbenen Reichspräsidenten gewiß weniger glänzend gewesen, als es in den letzten fünf Jahren gewesen ist. (Starker Beifall.)

Der Reichspräsident, dessen Wahl bevorsteht, muß sein ein Gott des deutschen Einheitsgedankens. Es kommt darauf an, daß der Reichspräsident mit Klugheit und Bedacht verhindert, daß das deutsche Volk durch den Parteihader Schaden erleidet. Das erfordert ein hohes Maß von Selbstlosigkeit und Charakterstärke. Im Sinne einer Zusammenfassung aller Volkskräfte muß der Reichspräsident wirken. Zum Lobe der Demokratie darf ich sagen, daß sie stets in diesem Sinne gearbeitet hat. (Starker Beifall.) Die Arbeit der Demokratie war immer getragen von dem gemeinsamen Verantwortungsgefühl für die Zukunft. In diesem Sinne haben wir unsere Führer ergötzt. Das hat uns in Gegensatz gebracht zu den Parteien rechts und links. Die Parteien rechts von uns sind nicht losgeronnen von der Vergangenheit und den Parteien der Linken fehlt vielfach das Verständnis für die hohen Werte, die auch in der Vergangenheit liegen. Es wäre falsch, die Vergangenheit irgendwie verleugnen zu wollen, aber wir wissen, daß unser nationales Leben verknüpft ist mit der Zukunft. In diesem Sinne muß sich der Reichspräsident auf seinen Präsidentenstuhl setzen. Er darf keine Vorbehalte machen. Er muß sich loyal auf den Boden des jetzigen Staates stellen. (Starker Beifall.) Er darf sich nicht zweideutig machen. (Stürmischer Beifall.) Von seinem obersten Führer muß sich das deutsche Volk jede Zweideutigkeit verbitten. (Wiederholter Beifall.)

Der große schöpferische Wurf, den unser Volk braucht, steht noch aus. Es sind nicht die Demokraten die die Grenzen im Westen garantieren. (Sehr richtig!) Uns wäre es da schlecht gegangen. (Zustimmung.) Jetzt erkennen auch die andern, daß man selbst dem Maß trohen muß, wenn es gilt, den rechten Weg fürs Vaterland zu gehen. Vielleicht wäre dieser Weg denjenigen, die ihn jetzt gehen müssen, leichter geworden, wenn sie früher nicht etwas ganz anderes versprochen hätten. (Lebhafter Beifall.) Vielleicht wird da eine Lösung gefunden werden müssen, die uns in nationaler Hinsicht aufs härteste trifft. Aber es ist kein anderer Weg möglich, um zu einer Lockerung unserer Fesseln zu kommen. Wenn wir so die Aufgabe ins Auge fassen, die der Reichspräsidenten haben, so haben wir ein moralisches Recht, für unsere Kandidaten zu werben, weil er durch die Politik, die wir, die Demokraten, getrieben die Gewähr bietet, daß er in der Richtung eines zielbewußten Aufbaus arbeiten wird. (Pravol)

Wir haben Ihnen unsern besten Mann herangestellt, einen Mann, zu dem die unbegrenztes Vertrauen haben. (Stürmischer Beifall.) Einen Mann, der leibhaftig ist, Brücken zu schlagen zwischen Vergangenheit und Zukunft. Unser Selbst ist ein Mann der besten Qualitäten, ein moderner Mann, der sich das Studium der Volkseele zum Lebensstudium gewählt und mit beiden Füßen im Leben steht. Und er besitzt vielleicht auch die Gabe, in seinem Amt glücklicher und froher zu sein, als sein Vorgänger, und vielleicht ist es ihm schiedens das deutsche Volk wieder glücklicher und froh zu machen. Das ist das große Ziel der deutschen Demokratie! (Minutenlanges stürmisches, immer wieder einsehender Beifall.)

sollen aber höhere Zinsen gezahlt werden als die vereinbarten. Die Zahlung des Aufwertungsbeitrages soll, wie schon bisher, nicht vor dem 1. Januar 1932 verlangt werden können. Die Aufwertungsstelle kann aber Abschlagszahlungen bis längstens 1925 gewähren. Die Aufwertung von 10 Prozent soll bis 1940 gestundet werden. In allen Fällen kann der Schuldner mit kurzer Kündigungsfrist vorzeitig zahlen. Für Hypotheken und andere dingliche Rechte sowie hypothekarisch gesicherte Forderungen ist eine Rückwirkung bis zum 1. Januar 1923 zur Hälfte der Aufwertungsbeiträge vorgesehen. Geschlossene Vergleichs werden nicht berührt. Die Aufwertung der hypothekarisch gesicherten persönlichen Restaufgeldforderungen nach allgemeinen Vorschriften, also auch über den Normalfall hinaus, wird für alle nach dem 31. Dezember 1911 (bisher 1918) beantragten Forderungen zugelassen.

Zu dem Entwurf eines Gesetzes über die Ablösung öffentlicher Anleihen

ist eine endgültige und einseitige Regelung aller Markanleihen des Reiches, der Länder und der Gemeinden vorgesehen. Die Markanleihen des Reiches mit Ausnahme der Zwangsanleihen sollen in eine Anleihe-Ablösungsschuld des Deutschen Reiches umgetauscht werden.

Das Umtauschverhältnis

ist bei den Vorkriegs- und Kriegsanleihen 5 Proz., bei der Sparprämienanleihe 2 1/2 Proz. des Nennbetrages. Die Anleihe-Ablösungsschuld im allgemeinen ist bis zur Erledigung der Reparationsverpflichtungen unverzinslich und nicht kündbar. Abweichend von dieser allgemeinen Regelung werden Anleihe-Ablösungsschuld, d. h. Personen, die seit Juli 1920 ihre Markanleihen ununterbrochen besitzen, bevorzugt behandelt. Für die Anleihe-Ablösungsschuld, die sie für ihre alten Anleihen erhalten werden jährlich rund 140 Millionen Reichsmark verwandt. Dieser Betrag entspricht schätzungsweise 14 Proz. der Aufwertungsstelle des Reiches und nicht mehr als 1/4 der Aufwendungen, die das Reich im Jahre 1914 für die Verzinsung seiner Anleihen zu machen hatte. 50 Millionen Reichsmark dieser Summe werden bei Zugrundelegung einer Schätzung von 20 Milliarden Mark Altbesitz-Anleihen dazu verwandt, die Anleihe-Ablösungsschuld der Altbesitzer mit 7 Proz. jährlich in Form einer selbständigen Rente zu verzinsen. 25 Millionen Reichsmark der Anleihe-Ablösungsschuld der Altbesitzer werden jährlich vom Nennbetrag getilgt; weitere 25 Millionen Reichsmark werden für Prämien bis zum Vierfachen des Nennbetrags der ausgelassenen Anleihestücke verwandt. Auf diese Weise erhält ein Teil der Altbesitzer eine Aufwertung bis auf 25 Prozent ihrer alten Anleihen. Dies wird den Kurs der Wertpapiere der Altbesitzer günstig beeinflussen. Den Anleihe-Ablösungsschuldern werden die Wunden, sowie die Störungen und Unstimmigkeiten gleichgestellt, die zur mündelicheren Anlage ihrer Vermögen schatzungsgemäß verpflichtet waren, auch wenn sie Anleihen nach dem 1. Juli 1920, aber vor dem 1. Juli 1923 erworben haben. Eine Unterbrechung der Auslegung soll nur für den Fall vorbehalten bleiben, daß die künftige Finanzlage des Reiches es unbedingt erforderlich machen sollte.

Neben dieser allgemeinen Prämienauslegung erhalten die Altbesitzer von Kriegsanleihe im Falle ihrer Bedürftigkeit bis zu einem Höchstbetrag eine jährliche Rente von 2 Proz. ihrer alten Markanleihen. Dies wird schätzungsweise 40 Millionen Reichsmark jährlich erfordern. Diese regelmäßigen Leistungen für die Anleihe-Ablösungsschuld sollen ergänzt werden durch künftige Einnahmen des Reiches aus den Dividenden der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft. Mit diesen Mitteln soll die Tilgung der Anleihe-Ablösungsschuld der Altbesitzer verstärkt werden. Ein Teil der Mittel soll für die Tilgung der Aufwertungsstelle der Neubesitzer Verwendung finden. Darüber hinaus soll ein einmaliger Betrag von etwa 150 Millionen Reichsmark für eine erstmalige größere Vorzugstilgung der Altbesitzer-Anleihen der Sparassen, der Träger der Sozialversicherung und der Bedürftigen mit einem Kriegsanleihealtbestand von weniger als 1000 Mark zur Verfügung gestellt werden.

Die Markanleihen der Länder und Gemeinden werden gleichfalls im Verhältnis von 5 Prozent in Ablösungsschuld umgetauscht. Den Ländern und Gemeinden ist es überlassen, ob auch sie eine Unterzeichnung zwischen Alt- und Neubesitzer vornehmen wollen. Die Anleihen der Länder und Gemeinden sind jährlich mit mindestens 5 Prozent und höchstens mit 10 Prozent zu verzinsen oder zu tilgen. Die Einnahmen der Länder und Gemeinden aus verbenden Betrieben sind zu einer Verstärkung des Anleihebedienstes in gewissem Umfang heranzuziehen.

Die Aufwertungspläne der Reichsregierung.

Die beiden Aufwertungsgeetze.

Die Aufwertung von Hypotheken und anderen privatrechtlichen Ansprüchen. — Die Ablösung öffentlicher Anleihen.

Berlin, 26. März. Zum Zwecke der endgültigen Lösung der Aufwertungsfrage hat die Reichsregierung den gesetzgebenden Körperschaften die Entwürfe eines Gesetzes über die Aufwertung von Hypotheken und anderen privatrechtlichen Ansprüchen (Aufwertungsgezet) und eines Gesetzes über die Ablösung öffentlicher Anleihen zugeleitet.

Der Entwurf des neuen Aufwertungsgezetes

bringt für Hypotheken, Schulden und Realkaften, sowie für hypothekarisch gesicherte Forderungen eine Erhöhung des Aufwertungsfahtes von 15 auf 25 Prozent, wenn die genannten Rechte zur Zeit des Erwerbs innerhalb der ersten Hälfte des Wehrbeitraagswertes des belasteten Grund-

stückes lagen. Der Entwurf hält unter Ablehnung der Individualaufwertung an der schematischen Aufwertung nach festen Hundertsätzen des Goldmarkbetrages des aufzuwertenden Rechtes fest, wobei es bei der Möglichkeit der Herabsetzung zu Gunsten des Schuldners bleibt. Der Goldmarkbetrag soll nicht mehr über den Dollar gerechnet werden, sondern zur Berücksichtigung der inneren Kaufkraft der Mark nach einer aus Dollarlindex und Großhandelsindex ermittelten, für bestimmte Zeitabschnitte festgesetzten Wehzahl. Die neugewährte Aufwertung von 10 Prozent soll an geeigneter Stelle in der zweiten Hälfte des jetzigen Grundstückswertes unter einer für Kreditzwecke vorzubehaltenden Eigentümer-Grundschuld im Grundbuch eingetragen werden. Nach dem Entwurf wird der Aufwertungsbeitrag vom 1. Januar 1925 ab mit 2 Prozent, vom 1. April 1925 ab mit 4 Prozent und vom 1. Januar 1926 ab mit 5 Prozent verzinst. Die Verzinsung der Aufwertung soll am 1. Januar 1928 mit 5 Prozent beginnen, in keinem Fall

Wahl-Recht ist Wahl-Pflicht!

Die Reichspräsidenten-Wahl.

Wer sind die Wahlbewerber?

Nachstehend bringen wir weiter einiges Wissenswertes aus dem Lebenslauf der Kandidaten für die Reichspräsidentenschaft:

V.



Wilhelm Marx, Reichschancellor a. D., preußischer Ministerpräsident, Mitglied des Reichstages, Berlin. Geboren 15. Januar 1863 in Köln, katholisch. Besuchte die Volksschule und Gymnasium in Köln, studierte Jura in Bonn, wurde 1884 Referendar und stand von 1888 bis 1923 im preußischen Justizdienst; 1888 Gerichtsassessor in Simmern, 1894 Landrichter in Eibfeld, 1904 Landgerichtsrat in Köln, 1906 Oberlandesgerichtsrat dortselbst, 1907 nach Düsseldorf versetzt, 1920 Landgerichtspräsident in Marburg, 1921 Senatspräsident am Kammergericht in Berlin. Parlamentarisch seit über 25 Jahren tätig, und zwar von 1889 bis 1921 im Preußischen Abgeordnetenhaus bzw. in der Landesversammlung, seit 1910 auch im Reichstag. Seit 1911 Leiter der katholischen Schulorganisation. Im Herbst 1921, nach dem Tode Trimborns, Vorsitzender der Reichstagsfraktion des Zentrums, bald darauf auch erster Vorsitzender der Reichspartei. Nach dem Sturz Stresemanns bildete er am 30. November 1923 als Reichschancellor das Kabinett der Mitte, dem sein heutiger Mitbewerber um das Amt des Reichspräsidenten, Dr. Jarre als Vizekanzler angehörte und dem die Aufgabe zufiel, zunächst auf Grund des Ermächtigungsgesetzes die Inflation zu liquidieren und weiterhin durch die Vorbereitung des Dawesplanes eine endgültige Regelung der Reparationsfrage herbeizuführen. Nach den Reichstagswahlen im Mai 1924 trat er zurück, wurde aber nach dem Scheitern der Versuche zur Bildung einer Mehrheitskoalition erneut mit seinem Kabinett im Amt befristet. Es folgte dann die Zeit der Entscheidung über das Dawesgutachten in London und Berlin, wobei Marx als Verhandlungsführer der deutschen Delegation in London auch die diplomatische Leitung innehatte. Seit dem Herbst 1924 versuchte er wiederholt, ein Kabinett der „Volksgemeinschaft“ mit Einschluß der Deutschnationalen und Sozialdemokraten, zu bilden; als auch diese Versuche nach mehrwöchentlichen Verhandlungen scheiterten, wurde der Reichstag aufgelöst. Nach der Neuwahl trat Marx am 15. Dezember 1923 abermals zurück, wurde sofort wieder mit der Neubildung des Kabinetts betraut und bemühte sich nahezu vier Wochen lang, ein Kabinett auf die Beine zu stellen. Erst als alle Möglichkeiten erschöpft waren, legte er am 9. Januar 1925 das Mandat zur Kabinettsbildung in die Hände des Reichspräsidenten zurück. Am 15. Januar 1925 übergab er sein Amt dem neuen Reichschancellor Dr. Luther. Kaum vier Wochen später stand er wieder im Vordergrund ähnlicher politischer Kämpfe, diesmal in Preußen, wo er nach dem Sturz des Kabinetts Braun am 10. Februar 1925 durch die Parteien der Weimarer Koalition mit knapper Mehrheit zum preußischen Ministerpräsidenten gewählt wurde. Er bildete dann, nachdem die Rechte jedes Zusammengehens mit Sozialdemokraten, das Zentrum jedes Zusammengehens mit Deutschnationalen abgelehnt hatte, ein im wesentlichen auf Zentrum und Demokraten gestütztes Kabinett, in dem jedoch der Innenminister Severing beibehalten wurde. Der Landtag lehnte am 21. Februar 1925 das Vertrauensvotum für dieses Kabinett ab, worauf Marx zurücktrat. Am 10. März 1925 wurde er erneut von den Parteien der Weimarer Koalition zum Ministerpräsidenten gewählt. Nach vergeblichen Bemühungen, ein politisches Kabinett zu bilden, versuchte er es mit einem Beamtenkabinett, das in vereinfachter Form den Gedanken der Volksgemeinschaft durchgeführt hätte. Auch dieser Versuch scheiterte am 17. März an dem Widerstand der Rechtsparteien, die Marx persönlich wegen seiner am 11. März durch das Zentrum erfolgten Nominierung zum Reichspräsidentenwahlkandidaten ablehnten. Marx hat daraufhin die Annahme der Wiederwahl abgelehnt, führt aber zur Zeit seine Amtsgeschäfte weiter, da die Lösung der Regierungskrise zunächst in der Hand des ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl verortet ist.

IV.

Dr. Heinrich Held, bayerischer Ministerpräsident und Staatsminister des Innern, Mitglied des bayerischen Landtages, München. Geboren am 6. Juni 1868 zu Erbach im Taunus, lutherisch. Besuchte die Volksschule, wollte sich zunächst der Musik widmen, holte dann aber den Besuch des Gymnasiums nach und studierte vier Jahre Rechts-, Staatswissenschaften und Geschichte an den Universitäten Straßburg und Marburg. 1897 ging er zum journalistischen Beruf über, wurde 1899 Chefredakteur des Ravensburger Anzeigers



und seit seiner Verheiratung mit der Tochter des Verlegers Habel 1906 Mithhaber des Verlags. 1914 legte er die Redaktion nieder und widmete sich ausschließlich seiner parlamentarischen und wirtschaftspolitischen Tätigkeit. Mitglied des Landtages seit 1907, Vorsitzender der Fraktion des Zentrums bzw. der Bayerischen Volkspartei seit 1914, längere Zeit auch Mitglied des Regensburger Gemeinde-Bevollmächtigten-Kollegiums. Er spielte weiter in zahlreichen wirtschaftlichen Körperschaften, so namentlich im Landes-Eisenbahnrat und in der Rhein-Main-Donau-A.G. eine einflussreiche Rolle. 1917 wurde er durch den Titel eines Geheimen Hofrates ausgezeichnet. Als kurz vor der Revolution auch in Bayern ein parlamentarisches Kabinett gebildet werden sollte, war Held als Staatsminister ohne Portefeuille und Stellvertreter des Ministerpräsidenten in Aussicht genommen, doch wurden diese Absichten durch die Revolution überholt. 1921 Präsident des Ersten Deutschen Reichstages im Kriege (in Frankfurt a. M.), 1923 Dr. phil. honoris causa der Universität Innsbruck. Am 28. Juni 1924 wurde er vom bayerischen Landtag nach nahezu zweimonatlicher Regierungsreise zum Ministerpräsidenten gewählt. Er stellte sich zur Aufgabe, die Zustände in Bayern, die zum Hitler-Putsch geführt hatten und von dort ausgegangen waren, zu liquidieren, vertrat mit seinem Kabinett unbedingt den Standpunkt der strikten Aufrechterhaltung der Staatsautorität gegenüber jedermann und nach allen Seiten und führte, nachdem auf diese Weise die Stellung der bayerischen Regierung nach innen und im Reich erneut gefestigt war, am 14. Februar 1925 einen wesentlichen Abbau des Ausnahmezustandes ein, der seit über zehn Jahren fast ununterbrochen in Bayern geherrscht hatte. Am 14. März 1925 stellte ihn die Bayerische Volkspartei als Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl auf; die Bayerische Bauernbund und die Deutsch-Hannoversche Partei haben sich mittlerweile für die Unterstützung dieser Kandidatur ausgesprochen.

VII.



Ernst Thälmann, Transportarbeiter, Mitglied des Reichstages, Berlin. Geboren am 16. April 1886 in Hamburg; konfessionslos. Besuchte die Volksschule und war späterhin als Transportarbeiter, Werftarbeiter, Expedient und Angestellter im Hamburger Arbeitsamt tätig. Während des Krieges schloß er sich der U.S.P. an, wurde 1919 in die Hamburger Bürgerschaft gewählt und war in seiner Partei ein Hauptvertreter jener Richtung, die die Eintigung mit den Kommunisten um jeden Preis anstrebte und im Oktober 1921 herbeiführte. In der kommunistischen Partei, die ihn kurz nach dem Tode Eberts als Präsidentschaftskandidaten nominierte, betätigte er sich als treuer Gefolgsmann der Moskauer Exekutive und war daher auch, wo immer es in Hamburg Unruhe gab, stark beteiligt. Dem Reichstag gehört er seit Mai 1924 als Vorsitzender der kommunistischen Fraktion an.

*

Für die Samstagnummer unseres Blattes bestimmte Wahl-Anzeigen wolle man wenn möglich schon heute Nachmittag aufgeben!

Die Meldung der Wahlergebnisse.

Das vorläufige Ergebnis der Wahl des Reichspräsidenten in den einzelnen Wahlkreisen sind die Kreiswahlleiter angewiesen, dem Reichswahlleiter wenn irgend möglich bis 30. März vorm. 6 Uhr, spätestens am 30. März bis abends 8 Uhr durch Fernsprecher und durch Telegramm zu melden. Die amtliche Feststellung wird endgültig ebenfalls durch Fernsprecher und durch Telegramm mitgeteilt. Beide Meldungen werden durch Elbbrief bestätigt. Die Wahltelegramme werden als Staatstelegramme behandelt. Sie erhalten hinter „S“ den Dienstvermerk „Wahl“. Auch die Meldungen der Abstimmungsleiter, Gemeindebehörden und unteren Verwaltungsbehörden an die höheren Stellen sind Staatstelegramme. Die Meldungen der Abstimmungsleiter sollen am Abend des Wahltages abgesandt werden. Die Telegraphenämter sind angewiesen, alle mit der größtmöglichen Beschleunigung zu behandeln. Ausreichende Arbeitskräfte sind bereitzustellen. Alle beteiligten Telegraphen- und Fernsprechanstalten müssen am Wahltage und dem folgenden dienstebereit bleiben, bis der Verkehr abgewickelt ist.

Die offene Tür zum Völkerbund.

Von unserem Pariser Korrespondenten.

Paris, Ende März. Ueber den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und die Bedingungen dazu gibt es eine ganze Anzahl von Dokumenten außer dem, das der in Genf versammelte Völkerbundsrat nach Berlin geschickt hat. Er haben in Paris das Licht der Welt erblickt und stellen die vielleicht nur mündlich, vielleicht auch schriftlich festgelegten Ergebnisse der Besprechungen dar, die seit dem Abschluß der Genfer Tagung bei Herriot am Quai d'Orsay stattgefunden haben. Die deutsche Politik hat von ihnen nur durch Hörensagen erfahren, muß sie aber berücksichtigen. Als man deutscherseits vor Monaten den Mächten die Fragen über die Verpflichtungen beim Eintritt in den Völkerbund und die Rechte in ihm vorlegte, war die Lage nicht jener gleich, in der MacDonald von dem drohend dastehenden leeren Stuhle in Genf geredet hatte. Noch weniger gleich jener Lage die, in welcher die Antwort des Völkerbundes erfolgt. Heute handelt es sich um das Gesamtproblem der Verständigung mit dem Vertragspartner von Versailles, um die „neuen Friedensverhandlungen“, um die Gesamtanerkennung den Versailles Frieden gegen Deutschland zu einem Frieden mit Deutschland zu machen.

Die Hindernisse, die in der vom Völkerbundsrate geöffneten Tür liegen, sind vorwiegend nicht westlicher, sondern östlicher, polnischer Herkunft. Polen fürchtet die deutschen Ansprüche, weil es weiß, daß es bei schiedsgerichtlicher Nachprüfung der Grenzen von 1919 nur zu verlieren hat. Wenn nicht geradezu die Aberkennung heute polnischer Staatsgebiete, so mindestens die Abriegelung aller über die heutigen Grenzen hinaus fliegenden Hoffnungen und Ansprüche des weißen Adlers. Und das letztere ist der polnischen Mentalität genau so unerträglich wie das erstere. Frankreich aber hat, wenn nicht alles trägt, die Meinung des Völkerbundes von der Weichsel über die deutschen Vorschläge zu der seinigen gemacht und kämpft heute und in der nächsten Zeit dafür, daß als ebenso sakrosankt wie seine eigenen auch Polens Grenzen gelten; als sakrosankt nicht nur für militärische, sondern auch für diplomatische und politische Angriffe, nicht nur für Kanonen, sondern auch für Schiedsgerichtsurteile.

Polen wird nun aber keineswegs überall in Frankreich so eingesehen, daß man das Bündnis mit ihm als eine Stärkung der französischen politischen Stellung in Europa ansähe. Besonders auf der Rechten gibt es urteilsfähige Leute mit nüchternem Sinn, die Polen eher als eine Belastung für Frankreich betrachten. Aber auch die ganze Richtung, die die Wiederaufnahme der französischen diplomatischen Beziehungen durchgesehen hat — und zu dieser Richtung gehört auch die offizielle französische Politik, die Herrn Herbelte nach Moskau entsandte —, dürfte im Stillen ebenso denken, wenn sie es auch nicht sagt. Eines der wichtigsten Ziele Frankreichs in Rußland ist, dem polnischen Bundesgenossen den Rücken frei zu halten und die Gefahr einer Wiederholung des stürmischen Feldzuges von 1920 zu beseitigen. Wenn das gelänge, wäre erst auch der östliche Pfeiler des französischen Machtgebäudes fest fundamementiert, die französische Machtpolitik stabilisiert durch eine Handlung, die man sogar als neuen Erfolg des europäischen Friedens anstreichen könnte. Einstweilen aber hat sich Herriot von neuem entschlossen auf den Boden des polnischen Bündnisses gestellt und diese polnische Angelegenheit will auch für Deutschland in seiner Haltung zum Völkerbunde sehr beachtet sein. Vielleicht ist sie zur Zeit sogar die Zentralfrage.

Denn nach der Ablehnung des Genfer Protokolls durch England müssen die deutschen Vorschläge auch am Quai d'Orsay als die letzte Möglichkeit, der einzige zur Zeit noch offene Weg erscheinen, um zu einer positiven Lösung der Fragen zu gelangen, die eine positive Lösung finden müssen gerade für die Herriotische Grundauffassung der französischen Politik. Es ist auch heute nicht so, daß man in Frankreich den Apfel, den Deutschland hinhält, für eine überaus süße Frucht hielte. Aber man ist mehr entschlossen, auch in den lauren Apfel zu beißen, als man es vor der Genfer Tagung war. Ueber die stimmungsmäßige Ablehnung fängt die ernsthafteste Rechenhaft über die moralische Bedeutung des deutschen Angebots an, die Oberhand zu gewinnen. Der Gedanke wird stark, daß eine solche Möglichkeit, einmal abgelehnt oder ohne offene Ablehnung zum Scheitern gebracht, so bald nicht mehr wiederkehren dürfte.

Trotzdem bleiben große Schwierigkeiten bestehen, auch abgesehen von Polen, die einen Erfolg der deutschen Vorschläge sehr unsicher machen. Die Frage der künftigen Kontrolle des Völkerbundes über das nach dem Versailles Verträge dauernd entmilitarisierte deutsche Gebiet am Rhein hat in Genf nicht entschieden werden können. Frankreich möchte dort eine ständige Aufsichtsbehörde des Völkerbundes mit möglichst weitgehenden Befugnissen schaffen, England will das nicht. Frankreich möchte für den Fall etwaiger Verstöße, die von dieser Aufsichtsbehörde festgestellt würden, die Gegenmaßnahmen des Völkerbundes mit Mehrheitsabstimmung festsetzen, England verlangt Einstimmigkeit. Den hierin zutage tretenden französischen Wünschen kann kein deutsches Vertrauensangebot, wie es auch beschaffen sei, Englands Heer und darin das Streben Frankreichs, sich Englands Heer und Flotte automatisch gegen Deutschland zur Verfügung zu halten. Auch dieses Streben kann es nicht verlockender erscheinen lassen, daß Deutschland sich nun rasch beeilt, in den Völkerbund zu gehen. Die Fragen müssen alleamt zugleich gelöst werden und Frankreich muß aktiv sein.

Jarres-Hellpach-Marg-Braun-Thälmann.

Fünf Namen — fünf Weltanschauungen ringen um die höchste Würde des Staates!

Deutscher Bürger, Deutsche Bürgerin, wen wollt Ihr wählen?

Thälmann, den Vertreter des Umsturzes, der russischen Kommunisten, der Tscheka?

Sicherlich nicht!

Braun, den Vertreter der im Barmatsumpf steckenden Sozialdemokratie, der Korruption, der Parteienbunzen? Eine Partei, die den Klassenkampf predigt, hat keinen Anspruch darauf, den Präsidenten zu stellen. Fort mit Braun.

Marg, diesen Verschlepper der Preußenkrise? Er ist Zentrumsmann, er gehört einer Partei an, die einst gegründet wurde, um katholische Interessen zu wahren, jetzt aber im Fahrwasser der religiös- und kirche feindlich eingestellten Sozialdemokratie schwimmt, einer Partei, deren Vertreter, Wirth, einst als Kanzler die Worte prägte: „Der Feind steht rechts.“ Kein wahrhaft religiös- und vaterländisch-gesinnter kann daher einen Vertreter dieser Partei wählen.

Hellpach ist der Mann der Demokraten, der Schrittmacher der Sozialdemokratie und Vertreter des jüdischen Kapitalismus, der Börsenspekulant und Getreidespekulant. Auch dieser kann für keinen National-gesinnten in Betracht kommen.

Alle diese vier Genannten sind ausgesprochene Vertreter des Linkskurses, des Pazifismus und des Internationalismus. Keinem von ihnen auch nur eine Stimme,

keinem Parteimann!

Jarres ist der gemeinsame Kandidat aller vaterländisch-gesinnten Verbände und der Rechtsparteien. Er ist ein echter, kernfester deutscher Mann, ein Sohn des Rheinlandes, ein Mann, der nicht vor unsern Feinden den Rücken beugt. Er war es, der als Bürgermeister von Duisburg der Ausweisung durch die Franzosen trotzte und diesen schrieb:

„Rei er Macht der Erde kann ich das Recht zugestehen, mich aus meiner rheinischen Heimat, in der ich festgewurzelt bin und wichtige Aufgaben zu erfüllen habe, gegen meinen Willen zu entfernen. Ich darf und werde Ihrem Ausweisungsbefehl keine Folge leisten.“

Eine Anklage wegen Vandalismus war die Folge und die Verurteilung zu zwei Monaten Gefängnis, nach Verbüßung der Strafe wurde er wiederum ausgewiesen. Als Vorsitzender des Provinzial-Landtages nahm er in leitender Stellung am Abwehrkampf gegen den französischen Rechtsbruch regen Anteil. Als dann der deutsche Widerstand an der Ruhr zusammenbrach, wurde

Jarres als Vertrauensmann der Ruhrbevölkerung

zum Innenminister im Kabinett Stresemann im November 1923 ernannt, und er ist dann in allen folgenden Regierungen bis zum Ende vorigen Jahres Innenminister und Vizkanzler gewesen, bis endlich, nach der Annahme des Lothar Protokolls, die Ausgewiesenen, darunter auch Jarres, in ihre Heimat zurückkehren konnten. Da verzichtete er freiwillig auf weitere ministerielle Tätigkeit, um sich ganz wieder seiner Arbeit als Oberbürgermeister von Duisburg widmen zu können.

Jarres steht rein und unbefleckt da, selbst seine politischen Gegner müssen das zugeben. Ueber den Parteien stehend hat er in seiner amtlichen Laufbahn sich stets nur für das Wohl des Vaterlandes eingesetzt und ohne Rücksicht auf rechts und links nur vom vaterländischen Interesse leiten lassen.

Deshalb wurde er einstimmig von allen Verbänden und Parteien, die mit der bisherigen Miswirtschaft Schluß machen, die einen Wiederaufstieg Deutschlands, die Ruhe und Ordnung im Lande wollen, aufgestellt, deshalb wählt ihn! Darum „alle Mann an Bord“ „Voll dampf voraus“.

Wählt Jarres!

Am Samstag u. Sonntag
halte ich



Mehel-Suppe
und lade hierzu höflich ein
Wilhelm Braun
Gasthaus z. „Lamm“, Altburg.

Schreibfräulein oder jungen Kaufmann

perfekt in Maschinenschreiben und Stenographie und etwas
Kenntnis in Buchhaltung, ferner einen perfekten

Werkzeugdreher

steht sofort ein

G. Koller, Maschinenfabrik, Leinach.

LEINENHAUS & WÄSCHEFABRIK
S. SIGMANN
PFORZHEIM
Ecke Leopold- u. ZERRENNERSTR.



Gegr. 1902

Herstellung vollständiger
Braut-Ausstattungen
zweckmäßige Zusammenstellung
gediegene u. geschmackvolle
Ausführung
Verwendung bester-bewährter
Stoffe
Angebote auf Wunsch
in jeder Preislage.

Bestellen Sie das „Calwer Tagblatt“.



Henkels
Scheuerpulver
Ata
„Ist reinigt alles!“
Überall zu haben

Hervorragend tüchtige Vertreter

für den Verkauf meiner
neuesten, pat. geschl. geschützt.
Artikel: wie mag. Wunder-
uhr, Türgonggelaute,
Trockenpflanz etc. sofort
an allen Orten bei gutem
Verdienst

gesucht.

Spielend leicht absehbar.
Für jedermann, besonders f.
Arbeitslose einträgl. gute
Ergänzung. Angebote unter
S. N. 2800 an die Ge-
schäftsstelle ds. Bl.

Leonore fuhr um's Morgenrot,
Aus schweren süßen Träumen,
Es schafft ihr täglich große Not,
Den Zug nicht zu veräumen.

Wie sie sich aus dem Bette schwingt,
Noch zwischen Tau und Tage,
Die Kält' ihr in die Knöchel bringt
— — — Ihr fehlt die Bettvorlage!

Den ganzen Tag ist sie verstimmt,
Im Fuße quält das Reizen.
Das Zucken ihr die Laune nimmt,
Doch muß sie es verbeissen.

Am Abend hält sie nichts zurück, — — —
Vom Schmerz bewegt, dem leidigen,
Geht sie zum „Reichert“ an der Brück'
Die Ursach' zu befeigen.

Ne Bettvorlage schafft sie an,
Aus „Reichert's“ Vorrat kühllich,
Und pflegt den Rheumatismus dann,
Mit dem was dazu dienlich.

Das Reizen jetzt sie nimmer kennt,
Denn mollig, zum Entzücken,
Die neue Bettvorlag' sie nennt,
Vom „Reichert“ an der Brücken.

Reichert an der Brück'

Bittet bei Bedarf um Ihren Besuch!

Spar- und Consumverein Calw und Umgegend e. G. m. b. H. Calw.

Am Sonntag, den 29. März d. J.
nachmittags 1/4 Uhr
findet

im Saale der Brauerei Dreiß
die

ordentl. Generalversammlung

mit folgender Tagesordnung statt:

1. Geschäfts- und Kassenbericht des Vorstandes.
2. Bericht des Aufsichtsrats und Bekanntgabe des Revisionsberichts des Herrn Verbandsrevisors Gläßer
3. Genehmigung der Bilanz und Entloftung des Vorstandes.
4. Ergänzungswahl des Aufsichtsrates.

In Anbetracht der außerordentlichen
Wichtigkeit laden wir alle Mitglieder mit
ihren Frauen freundlichst ein.

Calw, den 21. März 1925. Der Aufsichtsrat:
S. H.: Weber.

Pfannkuch & Co
Frisch gerösteter
Kaffee
reinschmechend
1/4 Pfund
75
Phanko-
Kaffee
auserlesene Mischung
1/4 Pfund-Paket
90
Mehmer-
Kaffee
allerfeinste auserlesene
Mischung
1/4 Pfund-Paket
1.90
Verlangen Sie die
bekanntesten „Phanko“
und „Mehmer“-
Packungen



Zur Saat:

Nothlee
Luzerne
Weißlee
Gelblee
Vastardlee
Intharnalle
Sparlette
Kragras
Limothe gras
Grasmischungen
Hanjaat
Leijaat
Kunkelrüben
Kohlrüben
Wicken
Saageireibe
Saamais
sowie alle anderen
landw. Samen
(Klee- und Grasamen
sind leidefrei).

Otto Jung Landesprodukte.

Stelle gesucht
wird für ein ordentliches
15 Jahre altes

Mä d e n

vom Lande, wo demselben
bei guter Behandlung Ge-
legenheit geboten wäre, die
Haushaltungs-geschäfte ins-
besondere das Kochen und
Nähen zu erlernen. Näheres
ragt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Volkswahl des Reichspräsidenten.

„Der Reichspräsident wird vom Volke gewählt.“ Was die Verfassung zugesichert hat: Endlich soll es dem Volke werden. Am 29. März ist der Mann zu wählen, dem für die nächsten sieben Jahre die Führung der Geschichte des Deutschen Volkes anvertraut werden soll.

Der ehemalige Reichsminister des Innern, Oberbürgermeister **Dr. Jarres** ist der einzige Kandidat, der entschlossen ist, **in voller Ueberparteilichkeit** das Amt des Reichspräsidenten zu führen, denn seine Mitbewerber sind Kandidaten ihrer Parteien. Unser Volk aber braucht an der Spitze des Reiches einen Mann, der sich freigemacht hat aus den Umklammerungen des Parteiwesens und dessen Amtsführung daher von den **verschiedensten** Parteien, Verbänden und Organisationen gleichermaßen geschätzt und anerkannt wird.

Herr Oberbürgermeister **Dr. Jarres**, für dessen Wahl wir uns einsetzen, ist ein bewährter Beamter, der um seiner **Treue zu Volk und Vaterland** willen, während des Ruhekampfes in französischen Militärgefängnissen hat schmachten müssen. **Mit aufrechtem Mannesmute** hat er seine Aemter von jeher geführt, durch **unbestechliche Lauterkeit des Charakters** hat Herr **Dr. Jarres** sich das Vertrauen der gesamten Bevölkerung der Industriestadt Duisburg und des Rheinlandes erworben, ein Vertrauen, das sich auch in schwerster Zeit bewährt hat.

So dürfen wir unsern Mitbürgern die Wahl des Herrn Oberbürgermeisters **Dr. Jarres** zum Reichspräsidenten mit gutem Gewissen empfehlen: er ist der Mann, dessen Vergangenheit und dessen Persönlichkeit die Gewähr bietet, daß das von ihm verwaltete Amt des Reichspräsidenten ein Hort der **Volkstreue und Vaterlandsliebe**, daß seine Amtsführung eine Bürgschaft für **Sittenshreue und Gerechtigkeit**, daß seine Präsidentschaft der Anfang des **nationalen Aufstieges** und der **sittlichen Erneuerung** des deutschen Volkes und Staatslebens wird. Darum:

„Wählt Dr. Jarres!“

Der Reichsblock-Ausschuß für den Bezirk Calw:

Amtsgerichtsrat Hölber, Calw

Gewerbeinspektor Alvinger, Calw;
Kaufmann Bindner, Calw;
Ökonomierat Böckler, Calw;
Fräulein Braun, Lehrerin, Calw;
Oberlehrer Brodbeck, Liebenzell;
Studienrat Burkhardt, Calw;
Baubesitzer Decker, Liebenzell;
Landtagsabgeordneter Dingler, Calw;
Landwirt Joh. G. Dürr, Martinsmoos;
Konditoreibesitzer E. H. Liebenzell;
Frl. Bertha Fechter, Calw;
Verwalter a. D. Fischer, Calw;
Küfermeister Adolf Giebenrath, Calw;
Eisenbahninspektor Halle, Calw;
Landwirt Ulrich Hantselmann, Liebenzell;
Studieninspektor Henke, Calw;
Professor Dr. R. W. Hergel, Liebenzell;

Baubesitzer Paul Höfer, Liebenzell;
Stationsarbeiter Otto Horstmann, Calw;
Drogeriebesitzer Kitzowski, Calw;
Rudolf Koch, Liebenzell;
Missionar Kölle, Calw;
Architekt Köhler, Calw;
Landwirt Fr. Kopp, Würtlingen;
Julius Kühle, Calw;
Oberpostinspektor Laible, Calw;
Schlossermeister Lebzelter, Calw;
Schultheiß Löhner, Oberkollwangen;
Landwirt Cyr. G. Luz, Dudenpronn;
Walkmeister Matthäus D. aier, Calw;
Gärtnereibesitzer Mast, Calw;
Hauptlehrer Mast, Liebenzell;
Postamtmanu Wildenberger, Calw;
Stadtschultheiß Müller, Neubulach;

Landwirt Hans Dettinger, Calw;
Kaufmann Paulus, Liebenzell;
Bäckermeister Fr. Brommer, Calw;
Kaufmann Rüdiger, Calw;
Schuhmachermeister Reichert, Calw;
Rechtsanwalt Rheinwald, Calw;
Landwirt G. Rölller, Stammheim;
Studiendirektor Rothweiler, Calw;
Forstmeister Sandmeyer, Hofstett;
Fabrikant Sannwald, Calw;
Studierrat Schiler, Calw;
Mechanikermeister W. Schnauser, Calw;
Bäckermeister Herm. Schnürle, Calw;
Landwirt Gustav Schöfner, Ostersheim;
Bäckermeister Joh. Seeger, Calw;
Oberingenieur Sönnlecken, Calw;
Missionar Stahl, Calw;

Fabrikmeister Fr. Stähle, Calw;
Kaufmann H. Stroh, Calw;
Landwirt Georg Wackenhuth, Zwerenberg;
Kommerzienrat Wagner, Calw;
Landwirt Ludwig Weiß, Gochingen;
Oberjäger Wilder, Unterreichenbach;
Maschinenarbeiter Heinrich Widmann, Calw;
Sattlermeister E. G. Widmayer, Calw;
Frau Apotheker Wieland, Calw;
Kaufmann Wogele, Calw;
Eisenbahninsp. a. D. Wohlhart, Unterreichenbach;
Privatier Wurster, Unterreichenbach;
Sanitätsrat Dr. Zahn, Calw;
Uhrmachermeister Zahn, Calw;
Oberstleutnant Ziegler, Calw;
Prokurist Zilling, Calw;
Karl Zügel, Calw.

Deutsche Frauen! Deutsche Männer!

Mehr als 6 Jahre sind verfloßen, seit Euch von den November- und Barmatpolitikern „Friede, Freiheit und Brot“ versprochen wurde und „das deutsche Volk“ auf der „ganzen Linie gestiegen“ hat. Welch ein Hohn in diesen Ansprüchen lag, habt Ihr alle in den letzten Jahren am eigenen Leibe gespürt. Was Ihr von den Versprechungen zu halten habt, zeigen Euch die Skandale der letzten Zeit zur Genüge. Ein Staat wurde damals erschaffen, in dem der Schweiß der Ehrlichkeit kaum das Brot zum täglichen Leben schafft, während ein internationales spekulatives Gaunertum zu den höchsten Würden- und Ehrenstellen gelangt und verprast, was die andern mit ihrem Fleiß erarbeiten.

Der Staat wurde dem Wohlwollen seiner erbittertesten Gegner ausgeliefert. Heute endet der einst mächtige und laubhafte Staat der Welt außenpolitisch im No. niallos der Dawes-Verpflichtung, innerpolitisch in der Schande eines fortwährenden Barmat-Kandals.

Seit Wochen feilschen die Parteien um die Person eines „überparteilichen“ Kandidaten, geleitet von der einzigen Sorge, ja einen „Vertreter“ zu finden, der auf dem Boden der Tatsachen stehen bleibt, nicht aber einen Mann zu finden, der den heiligen Willen und die unerschütterliche Kraft besitzt, die deutsche Not zu zerbrechen, die Wehrlosigkeit zu beenden, der internationalen Finanzhydra den Kopf zu zerschneiden und dem Volk zu geben, was des Volkes ist, auf daß es aus der Leiche der heutigen Barmatrepublik bereinigt ein wahrer deutscher Volksstaat werde.

Wir lehnen auch jeden Präsidentschaftskandidaten nationaler Färbung ab, der dem deutschen Volke von der Schwerindustrie durch Herrn Stresemann — der feierlichst und freiwillig die heutige Grenze des deutschen Reiches als zu Recht bestehend anerkennt, ohne nach dem Reichstag oder der Regierung zu fragen — vorgelegt wird, weil wir nicht wollen,

daß die November-Republik heute ihre Fahne wechselt, ohne dabei ihren Charakter abzuschwören.

Schwarz-weiß-rot wird uns ewig nur das Symbol eines nationalen deutschen Reiches und niemals einer internationalen Barmatrepublik sein.

Eine Halbheit im Leben der Völker ist manchmal schlimmer als eine fehlerhafte, aber rücksichtslos vertretene Erkenntnis.

Wir schlagen deshalb allen deutschen Männern und Frauen, die in der Fortsetzung der November-Republik nach innen und außen Deutschlands Untergang sehen, den ehemaligen

Generalquartiermeister des Weltkrieges **„Ludendorff“**

als Kandidaten für die Präsidentschaftswahl vor.

Wer auf dem Boden der heutigen Tatsachen steht, verweigere ihm seine Stimme.

Wer diese zerbrechen will, trete aber an und erfülle seine Pflicht.

Die deutsche Opposition.

Spar- und Vorschußbank Calw e. G. m. b. H.

Wir laden hiermit unsere Mitglieder ein, an der auf **Sonntag, den 29. März 1925, nachmittags 3 Uhr** im „Badischen Hof“

anberaumten

64. Generalversammlung

teilzunehmen.

Tagesordnung:

1. Erstattung des Rechenschaftsberichts über das Geschäftsjahr 1924.
2. Bericht des Aufsichtsrats über seine Tätigkeit.
3. Genehmigung der Bilanz, Entlastung des Vorstands und Aufsichtsrats für die Geschäftsführung im Jahre 1924.
4. Verwendung des Reingewinns.
5. Ergänzungswahl des Vorstands.
6. Ergänzungswahl des Aufsichtsrats.

Der Geschäftsbericht ist zur Einsichtnahme der Mitglieder im Bankzimmer aufgelegt.

Calw, den 19. März 1925.

Der Vorstand:

Fr. Fischer Fr. Nonnenmacher E. Rheinwald.

Größeren Posten schöne Obsthochstämme in Aepfel, Birnen, Kirschen, Pflaumen, Zwetschgen, Nuß, Stachel- u. Johannisbeeren, Rosen hoch u. nieder, Schlingpflanzen, Prestlinge empfiehlt bestens

Philipp Mast, Gärtnerei.

Wasserglas empfiehlt Carl Serva.

Beste Viertelwaren empfiehlt Hermann Schnürle Wälderei u. Leinwandgeschäft.

Wegen Platzmangel billig zu verkaufen:

- 1 zweitüriger Kleiderschrank, 1 Kommode, 1 Nachttisch, 1 Tisch, 3 Stühle, 6 Messinggarnituren für Vorhänge, Vorhänge von Leinen, gemustert, 1 elektrischer Ofen, 1 elektrische Kochplatte beide 3fach regulierbar und neu.

Adolf Koepfer, Bad Liebenzell.